

Verwendung“ der Fraktionsgelder zu kontrollieren. Doch die „politische Erforderlichkeit einer Maßnahme“ dürfe „nicht Gegenstand der Prüfung sein“.

In einem bislang unveröffentlichten Gutachten für den Bund der Steuerzahler erklärt Arnim die Politik der offenen Kassen für verfassungswidrig. Das Verfassungsgericht habe klargestellt, daß die staatlichen Zuschüsse an die Fraktionen „nach den gleichen verfassungsrechtlichen und haushaltsrechtlichen Maßstäben“ zu prüfen seien wie „andere Etatmittel auch“.

Verfassungsrechtlich fragwürdig ist jedenfalls die verbreitete Praxis der Fraktionen, für Aktivitäten und Kampagnen zu zahlen, die eigentlich Sache der Parteien sind. Mit den Millionen, die ausschließlich der Arbeit der Abgeordneten dienen sollen, wird beispielsweise verschleierte Parteierwerbung in Zeitungsanzeigen betrieben. Zudem finanzieren die Fraktionen Personal für die Wahlkampfarbeit der Parteien, gelegentlich wird schon mal ein Gutachter zur Vorbereitung politischer Kampagnen honoriert.

Vor allem die PR-Arbeit der Fraktionen, im Bonner Gesetzentwurf ausdrücklich für zulässig erklärt, will Arnim beschnitten sehen. Das Schalten von Anzeigen sei „rechtlich dubios“. Wenn man die Fraktionen unbeschränkt werben lasse, gebe es – wegen der Wechselwirkung mit der Parteierwerbung – „kein Halten mehr“. Alle Bemühungen, die staatliche Finanzierung der Parteien zu begrenzen, seien dann „Makulatur“.

Das Wechselspiel zwischen Parlaments- und Parteiarbeit, obwohl im Einzelfall nur schwer nachzuweisen, ist kaum zu übersehen. So kletterten die Zuschüsse an die Fraktionen in der Vergangenheit immer dann in die Höhe, wenn die staatliche Parteienfinanzierung von den Karlsruher Verfassungsrichtern beschnitten wurde. Rund 20 Prozent der Fraktionsausgaben, so schätzt der Präsident des Hessischen Rechnungshofes, Udo Müller, sind rechtlich problematisch.

Um dem Ausgaben-Schlendrian trotzdem begegnen zu können, schlägt der Wissenschaftler Arnim einen einfachen Weg vor. Im vergangenen Jahr hatte das Verfassungsgericht der staatlichen Parteienfinanzierung erstmals eine absolute Obergrenze gesetzt, die in Zukunft nicht mehr überschritten werden darf. Diesem Beispiel, plädiert der Rechtsprofessor, müßten jetzt auch die Fraktionen folgen: „Die Mittel müssen für längere Zeit eingefroren werden.“

Falls die Fraktionen sich nicht selbst Grenzen setzen, so prophezeit er, werde „dies das Bundesverfassungsgericht übernehmen müssen“.

Aussiedler

Abendfrieden in Straße 4

SPIEGEL-Redakteur Ansbert Kneip über die Deutschen in Sibirien

Das Festschwein hängt kopfunter vom Holzgerüst und stinkt nach verbranntem Fleisch. Auf dem Hinterhof der Familie Dietz schmurgeln die Männer mit einem Lötbrenner dem toten Tier die Borsten vom Leib, anschließend waschen sie den fettigen Ruß ab.

Morgen soll die Sau Ehre einlegen für das Dorf, denn morgen ist ein Festtag. Die Gemeinde wird hundert Jahre alt; das wird gefeiert mit deutschem Schweinegulasch und viel, viel Wodka. Zum Nachtschiff werden die Frauen Riwelkuchen servieren, eine Spezialität, die in Deutschland als Streuselkuchen bekannt ist.

Deutschland ist rund 4000 Kilometer entfernt vom Festplatz des deutschen Dorfes Alexandrowka in der sibirischen Steppe. Und die ganze weite Strecke ist der Mann gereist, der nun vom Streuselkuchen essen soll: Horst Waffenschmidt, Bonner Aussiedlerbeauftragter, ist Festgast in Alexandrowka.

Das Dorf Alexandrowka gehört zu einem deutsch verwalteten Gebiet, Rayon genannt. Es ist einem Landkreis vergleichbar. Und diese Deutschen-Siedlung ist das Lieblingsprojekt der Bonner Aussiedlerpolitik. „Leuchtturm einer besseren Zukunft“, so Waffenschmidt bei seinem Besuch in der vorvergangenen Woche, soll die sibirische Idylle für Rußlanddeutsche auf der Suche nach einer Bleibe sein.

Mit Millionenbeträgen fördert Bonn deren Ansiedlung; unterstützt wird alles, was die Landsleute zum Bleiben in Rußland bewegen könnte. Damit sie eine Alternative zur Ausreise nach Deutschland haben, läßt Waffenschmidt den Rußlanddeutschen des Landkreises in der Nähe von Omsk ein Containerdorf und ein Verwaltungszentrum finan-



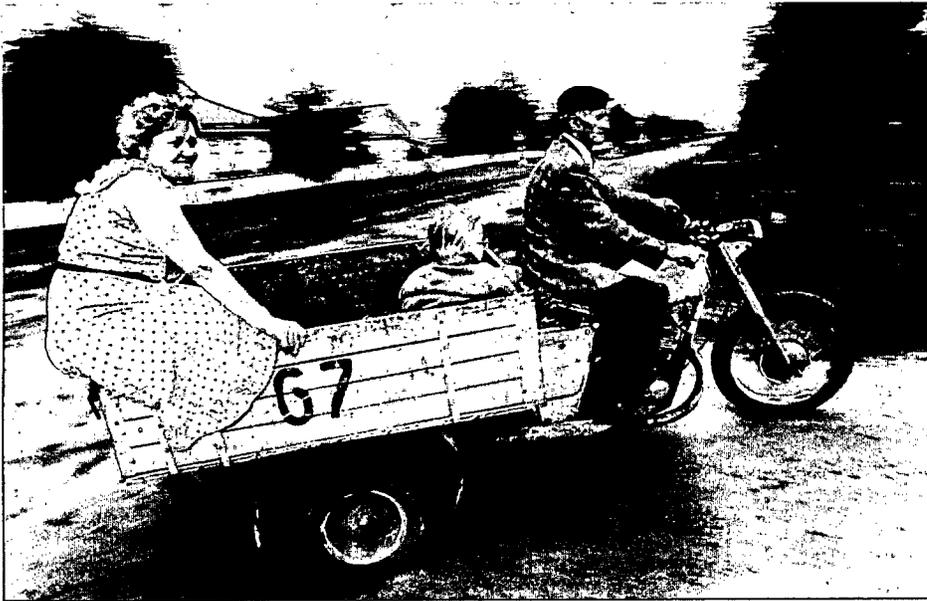
Festvorbereitungen, Dorfbewohner in Alexandrowka: Je

zieren, sogar das Akkordeon fürs Volkstanzensemble ist von Bonn bezahlt.

In der Schule wird seit einigen Jahren wieder Deutsch unterrichtet, die passenden Bücher stiftet die Bundesregierung. Im Kulturhaus tritt eine Theatergruppe auf, die ihren Namen aus sozialistischen Tagen mittlerweile eindeutschen durfte: Laienkunstkollektiv Ähregold.

Das Ähregold deutscher Kultur haben die Vorväter der Sibiriendeutschen vor mehr als 200 Jahren in den Osten getragen. Da siedelten Deutsche, zumeist aus Schwaben, an der Wolga. Ende letzten Jahrhunderts wanderten einige der Kolonisten, wie die Wolgadeutschen sich nannten, mit dem Pferdewagen noch weiter nach Osten.

Fast 135 000 Deutschstämmige leben heute im weiteren Umkreis der sibirischen Gebietshauptstadt Omsk. Doch kaum irgendwo hat sich die Mischung



mehr Verwandte einer in Deutschland hat, desto leichter reist er aus

aus deutscher Landromantik und kultureller Inzucht so sehr erhalten wie in Alexandrowka.

Mit ihren Kopftüchern und ihren weißen Schürzen sehen die Frauen aus wie Komparnen eines Heimatfilms. Der Dorfmaler Alexander Wormsbecher malt Werke der deutschen Wohnzimmekultur: liebliche Flußlandschaften, in denen rotwangige Jungs vom Apfelbaum die Früchte stehlen.

296 Seelen beherbergte das Dorf bei seiner Gründung, jetzt sind es 1400. Die Bewohner heißen Becker, Müller oder Lichtenwald. Und wenn es im Dorf mehr Straßen gäbe, trügen auch sie deutsche Namen. So aber werden sie einfach durchnummeriert, von 1 bis 4.

„Hier ist meine Heimat“, sagt Lida Knaus, 63, die vor ihrem Haus an der Straße 4 den Abendfrieden in der Sonne genießt. Neun Kinder hat die Frau in die

Welt gesetzt, „und alle großgezogen“. Doch zum Ehrentitel „Mutterheldin“ hat es nicht gereicht. Den gibt es erst von elf Kindern an.

Zwei ihrer Kinder sind in die Fremde gezogen, nach Nowosibirsk. Dort, so melden sie, sei das Leben leichter, man müsse „nicht immerzu schaffen“. Lida Knaus würde am liebsten bis zum Lebensende in Alexandrowka bleiben, auch wenn ihr beim Hühnerrupfen die gichtkranken Hände schmerzen und beim Melken der Rücken.

Doch am 2. September fliegt sie mit ihrer Tochter von Moskau nach Frankfurt, wo sie von ihren anderen Kindern bereits erwartet wird. Dann ist die Familie fast wieder beisammen, die zwei Söhne aus Nowosibirsk wollen vielleicht später nachkommen.

Auch der Besuch des Deutschen Waffenschmidt hat sie nicht umstimmen

können: „Was soll ich tun, wenn die Kinder fort sind? Ich kann hier doch nicht allein sterben“, begründet sie ihren Schritt nach Westen. 5000 Rubel hatte sie angespart für ihre Beerdigung, durch die Inflation in Rußland könnte sie davon heute nicht einmal mehr den Riwekkuchen bezahlen.

Die neue Not trifft Russen und Deutschstämmige gleichermaßen, doch den Deutschen bleibt immerhin der Treck nach Westen. Je mehr Verwandte einer in Deutschland hat, desto leichter reist auch er aus. Es ist wie eine ansteckende Krankheit. Am Kulturhaus mahnt eine Inschrift: „Erhalten wir unsere nationale Kultur“ – doch ob hier in zehn Jahren noch viele Deutsche leben, darf bezweifelt werden.

Heute gibt es noch 200 Familien, ein Fünftel des Dorfes ist schon weg. Die ersten beiden gingen 1990, ein Jahr später schlossen sich bereits 13 Familien an, 1992 gingen 27. In der Nachbarschaft haben sich mittlerweile ganze Dörfer buchstäblich aufgelöst.

Die Bonner Politik, den Deutschen in Rußland eine dauerhafte Heimat zu besorgen, ist bislang vielerorts gescheitert: Die nach dem Ende der Sowjetunion geplante Wiedererrichtung der Wolgarepublik wird in Bonn für ebenso unrealistisch gehalten wie die Idee, 400 000 Deutsche in der Ukraine anzusiedeln. Dort wehrt sich Präsident Leonid Krawtschuk mit Hinhaltenaktik.

Die Zahl der Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion ist im vergangenen Jahr wieder gestiegen: 147 000 waren es noch 1991, im Jahr 1992 gut 195 000. Die Mehrheit der noch mindestens zwei Millionen Rußlanddeutschen will fort.

Daß Waffenschmidt bei seinem Besuch das Dörfchen gleichwohl als „Insel der Hoffnung“ bezeichnete, liegt an den 25 000 Briefen, die der Rayonchef, Landrat Bruno Heinrichowitsch Reiter, bei sich gesammelt hat: alles Anfragen von Umzugswilligen aus Rußlands Nachbarrepublik Kasachstan. Dort werden die Deutschen, wie andere Europäer auch, regelrecht vertrieben.

Für die rund 10 000 Menschen, die im vergangenen Jahr den deutschen Landkreis verlassen haben, rückten bereits 13 000 Neuansiedler nach. Doch die Zahlen klingen besser, als sie sind: Nur 70 Prozent der Neuankömmlinge sind Deutsche. Unter den Bewerbern sind vor allem solche Deutsche, die mit Russen verheiratet sind oder die ohnehin an den deutschen Aufnahmebedingungen scheitern würden.

Die neu hinzugekommenen treffen sich mit den alteingesessenen Sibirierdeutschen zum frommen Gesang in der deutsch finanzierten Kirche von Omsk. Die kleine Gemeinde schlägt im Wol-

ga-Gesangbuch die Nummer 537 auf, das „Lobet den Herrn“.

Dem halbfertigen Gotteshaus fehlt noch das Dach. Während gut 200 deutschstämmige Gläubige die drei ersten Strophen singen, richten sich im Hintergrund die Arbeiter zur Pause ein. Superintendent Nikolaus Schneider, evangelischer Oberhirte von fast ganz Sibirien, leitet den Gottesdienst von einer Betonplattform aus, die später einmal den Altarraum tragen wird.

Trotz der Widrigkeiten ist Schneider voller Dankbarkeit. Gleich nachdem das Lob des Höchsten verklungen ist, preist er den kleinen Herrn, der auch hier Aufbau-Eifer verbreitet: „Ohne Sie, Herr Waffenschmidt, ohne die Hilfe aus Deutschland wäre dieses wundervolle Gebetshaus nicht möglich.“

Doch die mit knapp vier Millionen Mark geförderte Lutheranische Kirche weckt Neid. Der rote Ziegelbau hebt sich allzu deutlich von der häßlichen Plattenbausiedlung in der Umgebung ab. Die Nachbarn wohnen nicht so schön wie der liebe Gott, Katholiken und Orthodoxe beten weniger komfortabel als ihre evangelischen Brüder.

In Asowo, der Hauptstadt des deutschen Rayons, herrscht der von Bonn inspirierte Gründergeist noch großkotziger. Landrat Reiter läßt hier mit 4,7

Millionen Mark aus Bundesmitteln eine Wohn- und Verwaltungssiedlung hochziehen, die sich in der ärmlichen Gegend wie eine Palastanlage ausnimmt.

Die Prachtbauten bringen die deutschen Geldgeber in Erklärungsnot. Unter den Einheimischen, so berichtet Heinrich Brack, Einwohner von Asowo, gelte als ausgemacht, daß „hier nur die Reichen aus Asowo einziehen“. Schwer vorstellbar jedenfalls, daß die Einwohner den Kasachstanflüchtlingen den Vortritt lassen, wenn die Häuser bezogen werden.

Das deutsche Innenministerium, zuständig für die Rußlanddeutschen, wiggelt ab: Ja, die Häuser seien ungewöhnlich schön, aber das liege am Architekten, der habe sich „halt ausgelebt“.

Für die deutschen Flüchtlinge aus Kasachstan entsteht in der Nähe ein Bauhof. Hier sollen sie sich später mit Material eindecken können, um ihre eigenen Häuser zu bauen. „Wer sich ein Haus baut“, sagt Waffenschmidt, „der bleibt für immer.“

Heinrich Brack hat daran kein Interesse: „Das wird hier nimmermehr gut“, glaubt er. „Was sollen die vielen Menschen arbeiten, wovon sollen sie leben?“ Den 25 000 Deutschen aus Kasachstan kann Landrat Reiter nur 1500

Arbeitsplätze in der Landwirtschaft anbieten. Für Industriearbeiter und Akademiker hat er überhaupt keine Stellen.

Schon jetzt gibt es nicht genug Wasser für die Menschen im Landkreis, nicht genug Gas für den Winter und zuwenig Wohnungen. In dem Containerdorf, das eigentlich Zuwanderer aufnehmen soll, haben auch Einwohner von Asowo Quartier genommen. Die Deutschen machen im Übergangwohnheim etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung aus. Bis sie ein eigenes Haus haben, werden mindestens zwei Jahre vergehen.

Selbst hier aber will nicht jeder bleiben. Weil es häufig einfacher ist, von Rußland aus die Ausreise zu betreiben, kommen manche Kasachendeutsche allein deswegen nach Asowo.

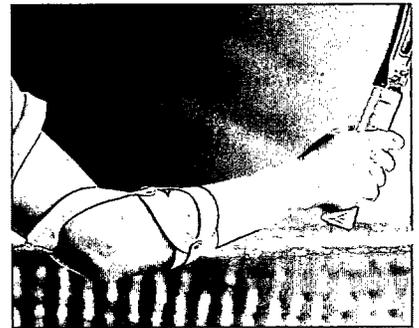
An den Container können sie sich schon mal gewöhnen. Genau die gleichen stehen auch in deutschen Notunterkünften. □

Tennisarm?

Endlich wieder schmerzfrei Tennis spielen!

Die Varilind E Ellenbogen-Gurtbandage verhindert die Überdehnung der gereizten Sehnenansätze am Ellenbogengelenk und bekämpft so gezielt die Schmerz-Ursache.

Damit sind Sie wieder fit für Sport und Beruf.

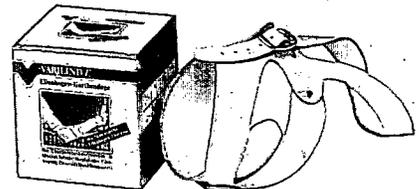


Die Varilind E Ellenbogen-Gurtbandage

- schränkt die Bewegungsfähigkeit des Arms nicht ein,
- lockert verspannte Muskulatur durch sanfte Kompressions-Massage,
- kann verordnet werden,
- gibt es nur in Apotheken.

Sprechen Sie mit Ihrem Arzt.

ROLAND
ARZNEIMITTEL HAMBURG



VARILIND E
DIE ELLENBOGEN-THERAPIE.



Kulturhaus von Alexandrowka: „Insel der Hoffnung“